

#GEGENWIND
RUNDBRIEF WINTER 2026

wadi

LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE



von Thomas von der Oosten-Sacken
Geschäftsführung

Ein Entwicklung, die auch wir mit Sorge und Entsetzen verfolgen, hat die syrische Aktivistin Rana Khalaf in einem Gespräch mit dem kurdischen Magazin »The Amargi« jüngst sehr treffend auf den Punkt gebracht. Die Zeit, als westliche Staaten zumindest noch Lippenbekenntnisse zu Demokratisierung im Nahen Osten von sich gegeben hätten, sei, sagte sie, »tot«.

In unserem Bereich merkt man dies allein schon daran, welche Schwerpunkte internationale Geldgeber neuerdings setzten. Zielten sie früher auf Themen wie »Stärkung von Frauenrechten«, wollten »partizipative Ansätze« fördern und »mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen« erreichen, so dominieren heute, bei extrem zusammengestrichenen Budgets, Fragen wie »Sicherheit« und Fluchtabwehr.

TITELBILD: RECYCELTE SCHULBANK IM MALYAWA CENTER IN KIFRI

Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind schnell benannt: Es sind all die Gruppen, Organisationen und Initiativen, die sich, teils unter schwierigsten Bedingungen, in den letzten Jahren in der Region gegründet haben und im weitesten Sinne unter dem Begriff Zivilgesellschaft fungieren. Überall sind sie inzwischen ein wichtiger Akteur, wenn es um gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel geht – egal ob als Rechtsberatungen, freie Medien oder Organisationen, die vor Ort Projekte zur Alphabetisierung, im Bereich Umweltschutz oder gar zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder durchführen. Dass in der vergangenen Dekade viel erreicht wurde, ist größtenteils ihrem Engagement zu verdanken.

Nur: Auch sie brauchen Geld – wenn auch viel weniger als die traditionellen »großen« Hilfsorganisationen. Und leider kommt das meist nicht von vor Ort. Denn noch immer beäugen Regierungen, die ja in einer eher autokratischen Tradition

stehen, auch wenn sie inzwischen durch Wahlen an die Macht kommen, solche Initiativen argwöhnisch, und eine lokale Kultur des privaten Spendens steckt erst in den Kinderschuhen. Oder aber alte Gesetze und Regeln stehen hinderlich im Weg, etwa in Irakisch-Kurdistan, wo bislang nur Spenden und Schenkungen an religiöse Stiftungen auch steuerlich absetzbar sind.

AM GELD HÄNGT VIELES

Gerade diese zivilgesellschaftlichen Akteure müssen nun um ihre Zukunft bangen. Dabei sind sie es, die sich oft mühsam und gegen lokalen Widerstand Freiräume erkämpft haben, Menschen ohne eigene Stimme Gehör verschaffen, Parlamente und Regierungen kritisch begleiten und nicht selten selbst auch Urheber neuer Gesetzesinitiativen sind.

In einem Gespräch über die Folgen dieser Einschnitte erklärt Dana Jamil, heute Leiter einer lokalen NGO in Suleymaniah, der vor Jahren auch für Wadi gearbeitet hat, resigniert: »Wir könnten so viel machen, aber wir können es nicht mehr.« Eben weil das Geld fehlt. Schon müssen auch Partner von Wadi, mit denen wir jahrelang kooperierten, darüber nachdenken, ob sie ihre Tätigkeit weiterführen können. Und dies geschieht ausgerechnet in Zeiten, in denen sich endlich nach Jahren von Diktatur und



LERNEN UND SPIELEN IN ABGELEGENEN REGIONEN: DAS SPIELBUSTEAM IN RANYA



RECYCLING CENTER IM KHABARTOO CAMP FÜR JESIDISCHE BINNENFLÜCHTLINGE

Bürgerkrieg eine vielfältige zivilgesellschaftliche Szene entwickelt hat, die inzwischen auch weitgehend unabhängig von herrschenden Parteien oder Interessengruppen agiert.

Auch wir, die etwa in Kampagnen wie der für Active Citizenship oder gegen Genitalverstümmelung immer auch darauf zielten und zielen, lokale Akteure zu stärken und in zivilgesellschaftliche Netzwerke zu integrieren, spüren diese Entwicklung schmerzhaft. Das niederländische Außenministerium etwa, das unsere zivilgesellschaftliche Kampagne seit 2024 maßgeblich fördert, kündigte an, die Unterstützung um mehr als ein Drittel zurückfahren zu müssen. Und das in Zeiten, in denen einer der Hauptgeldgeber, nämlich die USA, ganz weggefallen ist. Kurzum: Gerade jetzt, da sich nach Jahren mühsamer Arbeit erste Erfolge zeigen und sich bestätigt, dass Beharrlichkeit sich auszahlt, droht ein Rückfall in bleierne Zeiten. Es hat schließlich Jahre gedauert, bis sich die verhärteten autoritären Strukturen zumindest ein Stück weit aufbrechen lie-

...DEMOKRATIE FUNKTIONIERT NUR MIT EINER STARKEN UNABHÄNGIGEN ZIVILGESELLSCHAFT

ßen und insbesondere junge Menschen mit neuen Ideen allmählich mehr Freiräume zum Atmen und Gestalten gewinnen konnten.

Das ist umso absurder, weil eigentlich inzwischen weitgehend bekannt ist, dass nur nachhaltige Demokratisierung und Stärkung lokaler Selbstverwaltung, besonders unter Einbeziehung von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen, nachhaltig für jene Stabilität sorgt, die neuerdings wieder zur Zielvorgabe von Geldgebern geworden ist. Autoritäre Strukturen oder gar Diktaturen – das versuchen wir nun schon seit über drei Jahrzehnten immer wieder zu erklären – sorgen nicht für Stabilität, sondern bestenfalls trügerische Friedhofsruhe.

DEMOKRATIE BRAUCHT MENSCHEN, DIE SIE MÖGLICH MACHEN

Und das wissen auch die Menschen im Nahen Osten, die bei Umfragen, man muss es immer wieder betonen, in absoluter Mehrheit angeben, dass Demokratie mit wechselnden Regierungen in ihren Augen die beste Regierungsform sei – wie zuletzt erst wieder vor wenigen Wochen eine repräsentative Umfrage in Syrien ergab.

Demokratie aber funktioniert nur mit einer starken unabhängigen Zivilgesellschaft, und die lebt nicht nur von gutem Willen und Engagement alleine. Diese Zivilgesellschaft ist (vorerst noch) weitestgehend von der Solidarität von außen abhängig, was sie entsprechend anfällig macht. Es gibt inzwischen unzählige Versuche, diese Abhängigkeit zu reduzieren – einen stellen wir auch in diesem Rundbrief vor – aber auch das braucht Zeit und geschieht nicht von heute auf morgen.

Bis es hoffentlich soweit ist, bedarf sie deshalb weiter Ihrer und unserer Hilfe. Dabei geht es in einer Zeit, in der nicht nur im Nahen Osten, sondern global ein neuer Autoritarismus droht, auch darum, über Grenzen hinweg zusammenzuhalten, sich gegenseitig die Hand zu reichen und das Engagement für mehr Freiheit und Selbstbestimmung und gegen Bevormundung und Autokratie als ein gemeinsames zu begreifen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen auch ganz genau, dass in Europa inzwischen jene goldenen Zeiten vorbei sind, in denen es leicht fiel, am Ende des Jahres ein paar Euro für die Menschen im »armen Süden« zu spenden. Ihnen ist bewusst, dass Unterstützung heute etwas anders bedeutet, teilweise auch mit persönlichen Einschränkungen einhergeht.

Gemeinsam mit ihnen bitten wir Sie/Euch deshalb herzlich, gerade in diesen schwierigen Zeiten unsere Kampagnen und Projekte weiterhin solidarisch zu unterstützen, denn sie sind wichtiger als je zuvor.

In diesem Sinne möchten wir uns ganz herzlich bei Ihnen bedanken und wünschen schöne Feiertage und einen guten Rutsch in ein hoffentlich besseres neues Jahr.

STOP FGM MIDDLE EAST: EIN NEUANFANG MIT INTERNATIONALER UNTERSTÜTZUNG

von Isis Eligabli
Koordinatorin der Active-Citizenship-Kampagne



Im September 2026 gab es für Wadi einen besonderen Grund zur Freude: Vor einem internationalen Publikum aus engagierten Menschen und Organisationen, die sich weltweit für ein Ende der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM) einsetzen, konnten wir in Kenia die Wiederaufnahme der Kampagne STOP FGM Middle East bekannt geben. Gemeinsam mit unserer kurdischen Partnerorganisation ADWI und dem Orchid Project wollen wir damit dem Kampf gegen FGM im Nahen Osten neuen Schwung verleihen.

Dieser Neustart bedeutet unserem Team sehr viel. Der Weg dorthin war alles andere als einfach. Denn 2019 mussten wir unsere aktive Kampagnenarbeit nahezu vollständig einstellen. Die Fördermittel waren aufgebraucht, neue Finanzierungsmöglichkeiten für die Region blieben aus. Ein schwerer Rückschlag für ein Team, das über Jahre hinweg mit großem Einsatz daran gearbeitet hatte, dem Thema international mehr Gehör zu verschaffen.

Wir hatten Netzwerke in Europa aufgebaut, den Dialog mit internationalen Institutionen gesucht und immer wieder versucht, Organisationen wie UNFPA und UNICEF für das Thema zu gewinnen. Gleichzeitig brachten wir bei Konferenzen im Libanon und in der Türkei wichtige Akteurinnen und Akteure aus der Region zusammen. Es war ein mühsamer Weg, auf dem wir immer wieder gegen große Widerstände ankämpfen mussten.

EIN THEMA, DAS KEINE GRENZEN KENNT

In den vergangenen zwei Jahren haben Mitglieder des Wadi-Teams intensiv daran gearbeitet, frühere Partnerschaften wiederzubeleben, neue Kontakte zu

lokalen Initiativen und Aktivistinnen und Aktivisten zu knüpfen und mögliche Förderer für einen Neustart zu gewinnen. Dabei hat sich auch der internationale Blick auf das Thema verändert: Immer deutlicher wird anerkannt, dass weibliche Genitalverstümmelung kein auf Afrika beschränktes Problem ist, sondern weltweit vorkommt. Dennoch konzentrieren sich Medienberichterstattung und Fördermittel nach wie vor stark auf afrikanische Länder.

Seit Jahren verfolgen wir deshalb auch die Entwicklungen in Südostasien und stehen dort mit verschiedenen Organisationen in Kontakt. Besonders ermutigend ist, was das Asia Network to End FGM in den vergangenen 15 Jahren erreicht hat: Ihr beharrlicher Einsatz hat dazu beigetragen, dass die indonesische Regierung 2024 weibliche Beschneidung offiziell verboten hat. 2025 folgte eine Richtlinie des Gesundheitsministeriums, mit der die Abschaffung von FGM ausdrücklich in die nationale Gesundheitspolitik aufgenommen wurde.

Gemeinsam mit unseren Partnern von ADWI wollen wir die Situation in den Ländern der Region wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Dabei ist uns eines besonders wichtig: Wir wollen keine Lösungen von außen vorgeben. Stattdessen setzen wir auf Wissensaustausch, unabhängige Forschung und Aufklärungskampagnen, die an den jeweiligen gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Gegebenheiten anknüpfen. Unser Ziel ist es, internationale Aufmerksamkeit, mediale Präsenz und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren – und gleichzeitig den Menschen vor Ort die Führung und Gestaltung ihrer eigenen Veränderungsprozesse zu überlassen.

Vom 1. bis 4. September reisten Bakhan Jamal, Direktorin unserer Partnerorganisation ADWI, und ich als Projektmanagerin von Wadi, nach Kenia. Dort nahmen wir am Justice for Girls Convening and Festival teil, einer internationalen Veranstaltung, die sich für die Rechte von Mädchen einsetzt.

GEMEINSAM FÜR DIE RECHTE VON MÄDCHEN UND FRAUEN: WADI IN KENIA

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich das Wissen, die Erfahrungen und die Führungsstärke von Mädchen und Überlebenden in konkretes Handeln übersetzen lassen. Die Veranstaltung bot eine wichtige Gelegenheit, sich mit internationalen Partnerorganisationen auszutauschen, praktische Instrumente für die politische und gesellschaftliche Arbeit vorzustellen und gemeinsame Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Für die STOP-FGM-Kampagne kam dieses Treffen zu einem entscheidenden Zeitpunkt: Einerseits gab es Erfolge in Irakisch-Kurdistan zu feiern, andererseits wurde deutlich, wie groß die Herausforderungen in der ganzen Region weiterhin sind.

Am 2. September begann das Festival mit Präsentationen zur aktuellen Situation von weiblicher Genitalverstümmelung und Kinderehen in verschiedenen Weltregionen. Sie sollten allen Teilnehmen-



BAKHAN JAMAL (ADWI) UND ISIS ELIGABLI (WADI) AUF DER „JUSTICE FOR GIRLS"-KONFERENZ IN KENIA

den einen gemeinsamen Überblick verschaffen. Wadi und die Kampagne STOP FGM Middle East stellten dabei die oft widersprüchliche und lückenhaft dokumentierte Lage im Nahen Osten vor. Denn obwohl FGM und Kinderehen für Millionen Mädchen, Frauen und Familien dort zum Alltag gehören, wird die Situation häufig verharmlost oder falsch eingeschätzt. Bei Kinderehen vermittelt der Blick auf offizielle Zahlen mitunter den Eindruck, es seien bereits große Fortschritte erzielt worden. Und bei weiblicher Genitalverstümmelung herrscht vielfach Unklarheit darüber, wo die Praxis tatsächlich verbreitet ist und wer sie ausübt.

WENN GESETZE DIE WIRKLICHKEIT NICHT ABBILDEN

Die offiziellen Statistiken erzählen oft nur einen Teil der Geschichte. Im Alltag sieht die Realität vielerorts deutlich düsterer aus. So hält sich beispielsweise die Annahme, dass in den meisten Ländern der Region ein Mindestheiratsalter von 18 Jahren gilt oder dass FGM nur in einigen wenigen Gebieten, etwa in Ägypten oder Irakisch-Kurdistan, vorkommt.

Auch dort, wo es rechtliche Schutzbestimmungen gibt, werden diese immer wieder ausgehöhlt. Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate sind nach den vorliegenden Angaben die einzigen Länder der Region, in denen Eheschlie-

ßungen mit Minderjährigen ausnahmslos verboten sind. In anderen Ländern, darunter Iran, Zentralirak und Libanon, sind Kinderehen hingegen ausdrücklich gesetzlich möglich.

BESONDERS DEUTLICH WIRD DIESE WIDERSPRÜCHLICHE SITUATION IM IRAK

2025 wurde in Bagdad das Personenstandsgesetz geändert. Damit sank das landesweit geltende Mindestheiratsalter auf neun Jahre, während die Zuständigkeit für Fragen des Familienrechts stärker an konfessionelle Gerichte übertragen wurde. Nur wenige Autostunden entfernt gilt in der Autonomen Region Kurdistan weiterhin ein Mindestalter von 18 Jahren. Doch auch dort wächst der politische Druck, die Regelung aus Bagdad zu übernehmen. Die Konseq uenzen sind gravierend: Es gibt derzeit keine wirksame rechtliche Barriere, die verhindert, dass jemand mit einem Kind über die Regionalgrenze fährt, dort eine Ehe schließt und anschließend zurückkehrt.

Bei der weiblichen Genitalverstümmelung verhält es sich ähnlich. In Irakisch-Kurdistan ist die Praxis seit 2011 durch Gesetz Nr. 8 verboten. Auf Bundesebene im Irak fehlt jedoch ein entsprechendes Gesetz. Damit bleibt es möglich, ein junges Mädchen kurz in den Zentralirak zu verbringen, um es dort der Genitalverstümmelung zu unterziehen.

Ähnliche Probleme finden sich auch in anderen Teilen der Region: Politisches Schweigen, rechtliche Schlupflöcher und gesellschaftliche Tabus sorgen dafür, dass diese Praktiken im Verborgenen bleiben und Verantwortliche kaum zur Rechenschaft gezogen werden.

VERÄNDERUNG BEGINNT VOR ORT

Genau hier setzt unsere Kampagne an. Wir wollen herausfinden, was tatsächlich geschieht, in welchen Ländern und Regionen FGM praktiziert wird und welche Personengruppen daran beteiligt sind. Nur auf einer verlässlichen Grundlage können wir lokale Aktivistinnen und Aktivisten, Organisationen, religiöse Gremien und medizinische Einrichtungen wirksam unterstützen.

Unsere Arbeit hat ihre feste Basis in Kurdistan. Dort verbindet uns eine langjährige Partnerschaft mit ADWI, die sich vor Ort mit großem Engagement für ein Ende der weiblichen Genitalverstümmelung einsetzt. In den vergangenen fünf Jahren ist es auch gelungen, zwei ganze Regionen als FGM-frei zu erklären.

Die Erfahrungen aus unserer Kampagne STOP FGM Kurdistan zeigen, dass selbst tief verwurzelte gesellschaftliche Normen verändert werden können. Wenn Aufklärungsarbeit gezielt in den Gemeinden ansetzt und Menschen aktiv einbezieht, lassen sich die Zahlen innerhalb einer Generation deutlich senken. Human Rights Watch hat diesen Ansatz als Modell für nachhaltige gesellschaftliche Veränderung gewürdigt.

FORSCHUNG, DIE BETROFFENE IN DEN MITTELPUNKT STELLT

Ein besonders wichtiges Anliegen, das wir in Kenia mit den Teilnehmenden teilten, betrifft die zukünftige Forschungsarbeit, wie Bakhan Jamal erklärte:

»Wo immer es Hinweise auf weibliche Genitalverstümmelung gibt, müssen wir als internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten und Regierungen dazu bewegen, unabhängige Forschung zu ermöglichen. Diese muss so gestaltet sein, dass sie die betroffenen Gemeinschaften nicht erneut traumatisiert. Wir brauchen Aufklärungs- und Bildungsangebote, die wirklich etwas bewirken und die Erfahrungen und Bedürfnisse der Überlebenden konsequent in den Mittelpunkt stellen. Nur so können wir diese schädliche Praxis dort beenden, wo sie tatsächlich stattfindet.«

Auch die zunehmende internationale Gegenbewegung zu Frauen- und Menschenrechten war Thema, wies ich auf einem Panel hin: »Wir erleben derzeit weltweit eine erstarkende Bewegung, die Frauenrechte und grundlegende Menschenrechte infrage stellt. Gerade deshalb dürfen westliche Perspektiven nicht die Debatte bestimmen und die Lebensrealitäten im Nahen Osten, in Asien oder Afrika überlagern. Wir müssen dafür sorgen, dass weibliche Genitalverstümmelung, Kinderehen und geschlechtsspezifische Gewalt weiterhin ganz oben auf der internationalen Agenda stehen. Gleichzeitig muss jedes Land in die Lage versetzt werden, auf diese Herausforderungen mit Lösungen zu reagieren, die zu den eigenen gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten passen.«

2027: MIT NEUER KRAFT IN DIE NÄCHSTE PHASE

Mit neuen Kontakten, gestärkten Partnerschaften und viel frischem Elan sind wir aus Kenia zurückgekehrt. Bei Wadi laufen bereits die Vorbereitungen für die nächste Phase der Kampagne STOP FGM Middle East, die 2027 weiter an Fahrt aufnehmen soll.

Unser Leitgedanke bleibt dabei unverändert: Nachhaltige Veränderung kann nur gelingen, wenn sie vor Ort entsteht, von den betroffenen Gemeinschaften getragen wird und die Erfahrungen und Stimmen der Überlebenden ins Zentrum stellt.

Wir danken allen, die unsere Arbeit unterstützen und diesen Weg mit uns gehen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass aus Schweigen Sichtbarkeit wird – und aus Sichtbarkeit konkrete, nachhaltige Veränderung.

Mehr Informationen über die Stop-FGM-Middle-East-Kampagne gibt es unter *stopfgmmideast.org*

IM GEPRÄCH: SOGENANNTE „MORDE AUS GRÜNDEN DER EHRE“ UND WAS MAN DAGEGEN TUN KANN

Vor knapp dreißig Jahren, 1999, eröffnete mit Unterstützung von Wadi das erste Frauenschutzhaus in Irakisch-Kurdistan. Solange schon engagieren wir uns für den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, deren brutalste Form die so genannten Ehrenmorde sind. Irakische Rechtsprechung noch aus Saddam Husseins Zeiten hatte sie sogar legalisiert, und es war ein wichtiger Schritt, dass sie wenig später in Kurdistan unter Strafe gestellt wurden. Unsere Kolleginnen **Shokhan Ahmad** und **Bakhan Jamal** haben jüngst mit **Jasmin Arémi** über dieses Thema gesprochen. Einen Auszug stellen wir im Folgenden vor.

Jasmin Arémi: Für Menschen, die sich bisher wenig mit diesem Thema beschäftigt haben: Was genau verstehen wir unter einem sogenannten Ehrenmord?

Shokhan: Wir sprechen von Fällen, in denen Frauen von Angehörigen ihrer eigenen Familie oder von Menschen aus ihrem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld getötet werden. Dahinter steht die Vorstellung, dass eine Frau durch ihr Verhalten die Ehre ihrer Familie oder ihrer Gemeinschaft verletzt habe.

Bakhan: Entscheidend ist die gesellschaftliche Vorstellung von Ehre. Im Kern geht es immer darum: Ein Mann betrachtet sich selbst und seine Familie als ehrenhaft. Sein gesellschaftliches Ansehen hängt dabei auch vom Verhalten der Frauen in seiner Familie ab. Wenn eine Frau etwas tut, das von der Gemeinschaft als unangemessen betrachtet wird, gilt das als Angriff auf die Ehre des Mannes oder der gesamten Familie. Es geht also nicht nur um das Verhalten einer einzelnen Frau, sondern um die gesellschaftlichen Erwartungen, die an Männer und ihre Familien gestellt werden.

Welche Formen der Gewalt erleben Frauen, bevor es tatsächlich zu einer solchen Tötung kommt? Was geschieht innerhalb einer Familie, bevor die Situation lebensgefährlich wird?

Shokhan: Häufig beginnt die Gewalt innerhalb der Familie. Die Frauen erleben psychischen Druck, Kontrolle und unterschiedliche Formen körperlicher oder psychischer Gewalt.

Bakhan: Es gibt häufig eine ganze Reihe von Entwicklungen, die einer Tötung vorausgehen:

Soziale Isolation: Frauen werden zunehmend von ihren Freunden, ihren Angehörigen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld getrennt. Die betroffenen Frauen beginnen zu glauben, dass ihnen niemand mehr helfen kann und dass es keinen Ausweg aus ihrer Situation gibt.

Stigmatisierung: Gleichzeitig verändert sich die Wahrnehmung innerhalb der Familie. Die Frau wird zunehmend als problematisch, gefährlich oder als Schande betrachtet. Selbst Menschen, die ihr zuvor nahestanden, beginnen, sie abzulehnen.

Tötung oder Suizid: In manchen Fällen führt diese Entwicklung zu einer Tötung. In anderen Fällen werden Frauen so stark unter Druck gesetzt, dass sie sich selbst das Leben nehmen. Es handelt sich also nicht um eine Tat, die plötzlich geschieht. Vielmehr geht ihr ein langer Prozess psychischer und sozialer Gewalt voraus.



SHOKHAN AHMAD ist Leiterin der Frauenrechtsorganisation »Women's Legal Assistance Organization« (WOLA), bei deren Gründung 2008 WADI Pate stand und die sich seitdem zu einer wichtigen Stimme für Frauen vor Gericht und in der Öffentlichkeit entwickelt hat.



BAKHAN JAMAL leitet ADWI, die »Awareness and Development Organization for Women and Children in Iraq«, die 2018 aus verschiedenen ehemaligen Projekten von WADI hervorgegangen ist. Beide Organisationen sind auch Beispiele für unser »Vom Projekt zum Partner«-Ansatz und heute wichtiger Bestandteil unseres Active-Citizenship Networks, in dem der Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kindern ein ganz zentrales Anliegen ist.

Sind ausschließlich Frauen von sogenannten Ehrenmorden betroffen, oder gibt es auch männliche Opfer?

Bakhan: Männer können ebenfalls unterschiedliche Formen von Gewalt erleben, wenn es um die sogenannte Familienehre geht. Während Frauen bei gesellschaftlich nicht akzeptierten Liebesbeziehungen von Tötung bedroht sind, werden Männer möglicherweise zur Auswanderung gezwungen. Oder junge Männer werden von ihren Familien unter Druck gesetzt, Gewalt gegen Angehörige zu begehen, um die Ehre der Familie »zu verteidigen«.

2022 gab es zudem Fälle, in denen Transpersonen von Familienangehörigen gezielt getötet wurden.

Welche Rolle spielen traditionelle Vorstellungen von Männlichkeit und die Idee, dass Männer die Kontrolle über Frauen ausüben müssten?

Bakhan: Eine sehr große Rolle. Die Vorstellung, dass Männer für das Verhalten der Frauen in ihrer Familie verantwortlich sind und diese kontrollieren müssen, ist ein wesentlicher Bestandteil des Problems. Besonders in stark patriarchalisch und tribal geprägten Gesellschaften wird Männern vermittelt, dass sie ihre Ehre verteidigen müssen. Ein Mann wird möglicherweise von seinem Umfeld gefragt, warum er seiner Schwester oder seiner Frau ein bestimmtes Verhalten erlaubt. Ihm wird vermittelt, dass er kein richtiger Mann sei, wenn er nicht eingreift.

MÄNNER KÖNNEN EBENFALLS UNTERSCHIEDLICHE FORMEN VON GEWALT ERLEBEN, WENN ES UM DIE SOGENANNTE FAMILIENEHRE GEHT.

Die Gemeinschaft erzeugt also einen erheblichen Druck. Sie vermittelt Männern, dass ihre Männlichkeit und ihr gesellschaftliches Ansehen davon abhängen, wie sie mit den Frauen ihrer Familie umgehen.

Welche Rolle spielen Nachbarn, religiöse Autoritäten und die Gemeinschaft insgesamt? Tragen sie dazu bei, solche Situationen zu verschärfen?

Bakhan: Ja, und dieser Einfluss darf nicht unterschätzt werden. Wir kennen Fälle, in denen Männer von ihren Nachbarn unmittelbar unter Druck gesetzt wurden. Ihnen wurde beispielsweise gesagt: Wenn ich an deiner Stelle wäre, würde ich meine Schwester töten. Auch ältere Familienmitglieder, Stammesautoritäten oder religiöse Persönlichkeiten können eine Rolle spielen, wenn sie solche Vorstellungen unterstützen.

Es wäre allerdings falsch, ausschließlich über Männer zu sprechen. Auch Frauen innerhalb einer Familie können diese Vorstellungen unterstützen und Druck auf andere Frauen ausüben. Manchmal sind es Mütter oder andere weibliche Angehörige, die verlangen, dass eine Frau für ihr vermeintliches Fehlverhalten bestraft wird.

Deshalb sprechen wir von einem gesellschaftlichen Problem. Es betrifft nicht nur einzelne Täter, sondern ein ganzes System von Erwartungen, Normen und Vorstellungen.

Gibt es innerhalb dieser Gemeinschaften auch Menschen, die eingreifen und Gewalt verhindern können? Oder sind bedrohte Frauen vor allem auf Organisationen wie Ihre angewiesen?

Shokhan: Frauenhäuser spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie bieten bedrohten Frauen einen Ort, an dem sie vorübergehend in Sicherheit leben können.

Bakhan: Manchmal wenden sich Frauen an eine angesehene Persönlichkeit innerhalb ihrer Gemeinschaft oder an einen Stammesführer, der versucht, eine Lösung zu finden und sie zu schützen. Das Problem ist allerdings, dass viele Frauen diese Hilfe gar nicht erreichen.

Die Frauen sind häufig über längere Zeit isoliert. Sie verlieren das Vertrauen in andere Menschen und beginnen zu glauben, dass sie selbst für ihre Situation verantwortlich seien.

ES BETRIFFT NICHT NUR EINZELNE TÄTER, SONDERN EIN GANZES SYSTEM VON ERWARTUNGEN, NORMEN UND VORSTELLUNGEN.

Wenn sie dann darüber nachdenken, ein Frauenhaus aufzusuchen, befürchten sie möglicherweise, dass ihre Familie sie endgültig verstoßen könnte oder dass sie als Frau, die ihre Familie verlassen hat, noch stärker stigmatisiert wird. Hinzu kommt die Frage des Vertrauens. Wenn die Menschen, die dich eigentlich am meisten lieben und beschützen sollten, plötzlich diejenigen sind, von denen die größte Gefahr ausgeht, wie sollst du dann noch anderen Menschen oder staatlichen Einrichtungen vertrauen? Sie wissen nicht, ob sie dort tatsächlich Unterstützung erhalten.

Welche Rolle spielen soziale Medien bei der Verbreitung von Gerüchten und bei der Eskalation solcher Konflikte? Beobachten Sie, dass soziale Medien zu einer Zunahme der sogenannten Ehrenmorde beitragen?

Shokhan: Ich würde die Rolle der sozialen Medien aus zwei unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Einerseits geht es darum, wie über solche Tötun-

gen berichtet wird und wie Menschen darauf reagieren. Andererseits können soziale Medien selbst zum Ausgangspunkt eines Konflikts werden.

Bakhan: Wenn beispielsweise ein Foto oder Video einer Frau veröffentlicht wird oder eine Beziehung über soziale Medien bekannt wird, kann das schwerwiegende Konsequenzen haben.

Cybermobbing, öffentliche Anschuldigungen und die Verbreitung von Gerüchten tragen dazu bei, solche Situationen zu verschärfen. Nicht jeder dieser Fälle endet mit einer Tötung. Aber soziale Medien können den Beginn einer Entwicklung markieren, die schließlich zu schwerer Gewalt führt.

Stellen wir uns eine Frau oder ein junges Mädchen vor, das befürchtet, von der eigenen Familie verletzt oder sogar getötet zu werden. Welche Möglichkeiten hat diese Person tatsächlich, sich zu schützen?

Shokhan: Es gibt verschiedene Anlaufstellen: Sie kann sich an die Polizei oder Einrichtungen wenden, die sich mit häuslicher Gewalt beschäftigen. Frauenrechtsorganisationen bieten Unterstützung an. Viele Frauen kontaktieren uns mittlerweile über soziale Medien, um Rat zu bekommen oder um Schutz zu bitten. Wenn wir dann versuchen, entsprechende Schutzmaßnahmen zu erreichen, werden diese nicht immer umgesetzt.

Bakhan: Wenn eine gefährdete Frau nach einer Anzeige zur Familie zurückgeschickt wird, vergrößert sich das Risiko rasant. Das ist eine besonders gefährliche Situation.

Was geschieht nach einem solchen Mord? Wie gehen die Polizei und die Justiz damit um, und welche Rolle spielen die Medien bei der Darstellung dieser Fälle?

Shokhan: Grundsätzlich werden solche Tötungen in der Region Kurdistan rechtlich als Mord behandelt. Allerdings gibt es erhebliche Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Aufklärung.

Bakhan: Auch die mediale Berichterstattung ist problematisch. Wenn eine Frau getötet wird, konzentrieren sich manche Berichte auf vermeintliche Details aus ihrem Privatleben. Dann wird beispielsweise erwähnt, dass sie mehrere Mobiltelefone besessen habe oder dass sie sich zu einer bestimmten Uhrzeit an einem bestimmten Ort aufgehalten habe. Solche Informationen werden häufig in einer Weise präsentiert, die den Eindruck erwecken, das Verhalten der Frau könne die Tat erklären oder sogar rechtfertigen.

Gibt es verlässliche Zahlen darüber, wie viele sogenannte Ehrenmorde jährlich im Irak und in Kurdistan begangen werden?

Bakhan: Die statistische Erfassung ist schwierig. Für 2024 wurden 40 Tötungen an Frauen registriert, Daneben wurden weitere Fälle von Gewalt gegen Frauen, Selbsttötungen und Suizid-

versuchen erfasst. Das Problem ist, dass sich hinter manchen vermeintlichen Suiziden oder Unfällen ebenfalls Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt verbergen können. Aber die Dunkelziffer ist hoch. Das Problem ist, dass sich hinter manchen vermeintlichen Suiziden oder Unfällen ebenfalls Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt verbergen können.

Was müsste sich Ihrer Ansicht nach verändern, damit Frauen besser geschützt werden und solche Tötungen verhindert werden können? Welche gesetzlichen und gesellschaftlichen Veränderungen sind dafür notwendig?

Shokhan: In Kurdistan werden sogenannte Ehrenmorde heute als Mord behandelt. Das ist ein bedeutender Fortschritt, früher im Irak unter Saddam Hussein waren sie ja sogar legalisiert. Aber wir müssen auch das gesellschaftliche Bewusstsein verändern. Die Menschen müssen verstehen, dass Gewalt gegen Frauen nicht durch Vorstellungen von Familienehre gerechtfertigt werden kann.

Bakhan: Gleichzeitig müssen wir innerhalb der Gesellschaft darüber sprechen, was Ehre eigentlich bedeutet. Warum sollte die Ehre einer ganzen Familie davon abhängen, wie eine Frau lebt, wen sie liebt oder welche Entscheidungen sie trifft?

Unser Ziel ist es, die gesellschaftlichen Vorstellungen zu verändern und deutlich zu machen, dass eine Frau nicht die Trägerin der Ehre einer ganzen Gemeinschaft ist. Wir müssen aufhören, Frauen als Schande für ihre Familien zu betrachten, nur weil sie selbstbestimmte Entscheidungen treffen. Als Aktivistinnen und Frauenrechtsorganisationen versuchen wir deshalb, diese Themen öffentlich sichtbar zu machen. Wir wollen zeigen, dass Gewalt gegen Frauen kein privates Familienproblem ist, sondern ein gesellschaftliches Problem, das uns alle betrifft.

Mehr über die Arbeit von WOLA gibt es unter *www.wola-ngo.org*

Das ganze Interview gibt es unter *mena-watch.com/wenn-ehre-zur-waffe-wird*

Mehr über die Arbeit von ADWI gibt es unter *adwi-organisation.com*

MALYAWA: EIN UMWELT-PROJEKT WIRD ZUM TREFFPUNKT IN KIFRI

von **Shatoo Kamaran**, ADWI



Im Jahr 2023 begannen wir, die Vision von MalyAwA zu entwickeln – damals noch ganz schlicht unter dem Namen »das Zentrum«. Was zunächst ein namenloser und unbelebt wirkender Ort war, sollte sich nach und nach zu einem lebendigen Raum entwickeln, in dem umweltbewusstes Leben Gestalt annimmt und mit Leben gefüllt wird.

Nach zwei Jahren intensiver Planung, zäher Auseinandersetzungen mit Baufirmen und zahlreichen administrativen Hürden nahm die ursprüngliche Vision schließlich Gestalt an. Aus dem namenlosen Konzept wurde ein Ort mit einer Identität und einem Namen: MalyAwA. Unter diesem Namen öffnete das Zentrum seine Türen – ein Begriff, der im Kurdischen so viel wie „ein blühendes Heim“ bedeutet.

Seitdem ist MalyAwA nicht nur zu einem lebendigen Ort geworden, sondern auch zu einem Namen, der in den Medien, auf den Straßen und an den Esstischen Kifris inzwischen vertraut klingt.

ORT FÜR NACHHALTIGE PERSPEKTIVEN

Kifri, eine Stadt mit rund 40.000 Einwohnern am Rande der irakisch-kurdischen Region, gilt gemeinhin als ein eher abgelegener und wenig beachteter Ort, an dem nur selten etwas in Bewegung kommt. Gerade deshalb haben wir uns bewusst für diesen Standort entschieden. Denn es entspricht unserem Selbstverständnis, Projekte dort zu verwirklichen, wo andere kaum hinschauen – und Perspektiven zu schaffen, wo sie bislang fehlen.

Anfang Oktober war es schließlich so weit: MalyAwA konnte feierlich eingeweiht werden. Im Rahmen einer Präsentation wurde den Gästen das umweltfreundliche Modellhaus vorgestellt. Anschließend bot eine Führung Einblicke in die verschiedenen baulichen und technischen Maßnahmen, die das Zentrum auszeichnen. Dazu gehören unter anderem der begrünte Dachgarten, die Solaranlage, das Grauwassersystem, die Wärmedämmung sowie das integrierte Recyclingzentrum.

Zur Eröffnungsfeier kamen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens zusammen. Unter den Gästen waren Mitarbeitende verschiedener Behörden, Pädagoginnen und Pädagogen, Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, Umweltaktivistinnen und -aktivisten sowie Medienvertreter. Selbstverständlich waren auch die Mitglieder der lokalen ADWI-Teams dabei, die nicht nur an der Umsetzung des Projekts beteiligt waren, sondern auch die Eröffnungsfeier maßgeblich gestalteten und leiteten. Während des Besuchs der verschiedenen Bereiche des Hauses planten viele Gäste bereits ihren nächsten Besuch mit ihren Schülern und Familien.

Der Leiter der Bildungsbehörde von Kifri lobte das Projekt und betonte seine Bereitschaft, auch das Recyclingzentrum



ERÖFFNUNG DES MALYAWA IN KIFRI

aktiv zu unterstützen. Dies soll durch die Einrichtung einer »Mini-Version« von MalyAwA in jeder Schule geschehen, indem dort spezielle, umweltfreundliche Klassenzimmer eingerichtet werden.

Diese Klassenzimmer sollen mit Produkten aus recycelten Materialien, darunter aufgearbeiteten Schreibtischen, ausgestattet werden und als Modellräume dienen, die Schüler besuchen können, um mehr über Umweltschutz und nachhaltige Praktiken zu lernen.

UMWELTZENTRUM, TREFFPUNKT UND RAUM FÜR NEUE IDEEN

MalyAwA empfängt seitdem wöchentlich Besuche von Institutionen und Schulen, um aktiv über Umweltschutz zu sprechen, sammelt jeden Monat eine Tonne Plastik und ist zu einer der ersten Anlaufstellen für jeden geworden, der den Bezirk Kifri besucht.

MalyAwA versteht sich nicht nur als Gemeindezentrum zur Förderung des Umweltbewusstseins, sondern zugleich als ein von jungen Erwachsenen geführtes Sozialunternehmen, das eng mit den entsprechenden Projekten in Halabja und Dohuk zusammenarbeitet. Die vor Ort aus recyceltem Plastik hergestellten Produkte werden sowohl direkt im Zentrum als auch über eigene Online-Shops vertrieben. Die daraus erzielten Einnahmen fließen vollständig in den Betrieb und die Weiterentwicklung des Zentrums zurück – mit dem langfristigen Ziel, eine wirtschaftlich eigenständige und selbsttragende Struktur aufzubauen.

Blicken wir heute auf unsere ursprünglichen Vorstellungen zurück, die wir mit der Errichtung dieses Ortes und der Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verbunden hatten, wird deutlich, dass das Ergebnis unsere Erwartungen sogar übertroffen hat. Und das trotz der zahlreichen geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen wir während der zweijährigen Planungs- und Umsetzungsphase konfrontiert waren.

Diese Phase liegt nun hinter uns. Aus einer anfänglichen Vision ist ein konkreter Ort geworden: MalyAwA ist Realität und hat seinen Platz im Leben der Menschen in Kifri gefunden. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben das Zentrum als neuen Bestandteil ihrer Stadt angenommen und mit Leben gefüllt.

Damit ist MalyAwA weit mehr als das Ergebnis eines Bau- und Umweltprojekts. Es steht zugleich für Widerstandsfähigkeit, gemeinschaftliches Engagement und die Möglichkeit, selbst unter schwierigen Bedingungen etwas Nachhaltiges aufzubauen. Es ist ein Zeichen dafür, dass Wachstum und positive Veränderung auch dort möglich sind, wo die Region seit Jahren von inneren und äußeren politischen Konflikten geprägt ist.

SHREDUP JETZT IM ONLINE-SHOP: AUS PLASTIKMÜLL UND VON HAND GEMACHT

von Dominik Metzger
Koordinator der Umweltprojekte von Wadi



Die Abhängigkeit von Geldern aus dem Ausland, die wir eingangs beschrieben haben, betrifft auch unsere eigenen Projekte. Budgets werden gekürzt, Geldgeber setzen neue Schwerpunkte, und eine lokale Spendenkultur hat sich noch nicht etabliert. Läuft eine Förderung aus, steht oft auch das Projekt vor dem Aus, selbst wenn es vor Ort gut funktioniert und gebraucht wird. Deshalb suchen wir seit Langem nach Wegen, Projekte so in die lokalen Strukturen einzubetten, dass sie ohne dauerhafte Unterstützung von außen bestehen können.

Ein wichtiger Ansatz dabei ist die Kreislaufwirtschaft. Wie wir sie konkret umsetzen, zeigt unser Projekt ShredUp, das wir Ihnen hier vorstellen möchten.In der Kurdischen Region des Irak wird kaum recycelt. In unseren Recycling-Centern in Halabja, Dohuk und Kifri sammeln wir deshalb Plastikmüll aus Haushalten, Schulen und öffentlichen Orten. Dort wird er sortiert, geschreddert und mit lokal entwickelten Maschinen zu neuen Produkten geformt, etwa zu Vogelfutterhäuschen, Möbeln und Blumentöpfen. Die Maschinen werden aus Bauteilen gebaut, die vor Ort erhältlich sind, sodass Reparaturen und Erweiterungen ohne teure Importe möglich sind.

RECYCLING SELBSTGEMACHT

In den Centern arbeiten fast ausschließlich Frauen, die so ein eigenes Einkommen und eine Perspektive erhalten. Gleichzeitig arbeitet ShredUp mit Schulen und Universitäten zusammen und vermittelt Wissen über Recycling. So entsteht nicht nur weniger Müll, sondern auch ein Bewusstsein dafür, dass Plastik ein Wertstoff ist.



ONLINE SHOP VON UNITY WORKS

JETZT STÖBERN UNITYWORKS.WORLD/SHOP

Damit sich die Center selbst tragen können, müssen ihre Produkte verkauft werden. Vor Ort gelingt das bereits: Ein Teil der Produkte findet in der Region Abnehmer, und die Zusammenarbeit mit Schulen und Behörden wächst.

Der Verkauf in Deutschland ist ein weiterer Baustein auf diesem Weg. Unser Partner Unity Works e.V. aus Landshut, der die Recyclingprojekte 2022 mit angestoßen hat, vertreibt die Produkte neuerdings über einen Onlineshop. Die Center arbeiten nicht gewinnorientiert und sollen künftig auch kostendeckend betrieben werden; der Erlös fließt vollständig zurück ins Projekt. Er sichert Arbeitsplätze und hilft, die Recycling-standorte weiter auszubauen.

Dahinter steht ein Gedanke, der über ShredUp hinausgeht. In einer Kreislaufwirtschaft wird Müll zum Rohstoff, und die Wertschöpfung findet vor Ort statt. Sie entsteht aus einem Material, das ohnehin anfällt und sonst auf Deponien oder in der Landschaft landet. Die Einnahmen kommen aus dem Verkauf der Produkte und nicht aus Förderprogrammen, deren Schwerpunkte sich mit der politischen Großwetterlage ändern. Ein Projekt wie ShredUp zeigt, dass sich Umweltschutz, Einkommen für Frauen und Bildung in einem Modell verbinden lassen, das sich langfristig selbst tragen kann. Damit kann es auch als Beispiel dienen: für andere Initiativen in der Region, die nach Wegen suchen, unabhängiger zu werden, und für Kommunen und Behörden, denen beim Thema Abfall bislang oft die Lösungen fehlen.

Ein Onlineshop allein wird die Lücken nicht schließen, die gekürzte Förderungen hinterlassen. Auch ShredUp kommt noch nicht ganz ohne Unterstützung aus. Aber jedes verkaufte Vogelfutterhäuschen und jeder Blumentopf stärkt einen Kreislauf, der vor Ort Werte schafft und nicht davon abhängt, welche Themen Geldgeber gerade fördern. Mit einem Kauf unterstützen Sie also nicht nur ShredUp, sondern auch die Idee, dass Zivilgesellschaft auf eigenen Füßen stehen kann. Und ganz nebenbei bekommen Sie ein Stück, das eine Geschichte erzählt: vom Plastikmüll im Irak bis zum Vogelfutterhäuschen auf Ihrem Balkon.

NACH MEHR ALS SECHS JAHREN: ABSCHIED VON DEN MORIA WHITE HELMETS

von Arvid Vormann



Mehr als sechs Jahre hinweg haben die Moria White Helmets durch selbstorganisierte Hilfsangebote, Aufklärungsarbeit und praktische Unterstützung die Lebensbedingungen im Flüchtlingslager auf Lesbos verbessert, die Selbstbestimmung der Geflüchteten gestärkt und Solidarität gefördert. Nun haben sie beschlossen, ihre Tätigkeit auf Lesbos einzustellen.

Verschiedene Gründe führten zu diesem Entschluss. Seit letztem Jahr wurde den MWH der Zugang zum Lager verwehrt und jegliche Aktivitäten untersagt. Sie konnten zwar ein neues kleines Zentrum vor den Toren des Lagers eröffnen, doch das war nicht mehr dasselbe wie zuvor, es war zu schlecht erreichbar und verlor damit an Relevanz.

Außerdem ist die Zahl der Flüchtlinge auf Lesbos im Laufe der Jahre deutlich zurückgegangen, und die meisten sind inzwischen »Schnelldurchgänge«, sodass die MWH bei ihrer Arbeit nicht mehr im gleichen Maße auf Langzeitfreiwillige setzen können wie früher. Schließlich hat auch die Unterstützung von außen im Laufe der Jahre nachgelassen, und es wurde immer schwieriger, Spenden für die laufenden Projekte einzuwerben.

VERWALTETE WELT

Die Zustände im neuen Camp haben sich – verglichen mit den chaotischen Zuständen zur Zeit der Gründung der MWH – auch ein wenig normalisiert. Es gibt es nun ein geregeltes Abfallmanagement und die generelle Versorgung der Flüchtlinge mit dem Nötigsten ist rudimentär gewährleistet. Das hat allerdings auch seinen Preis: Die Campbewohner/innen sehen sich nun mehr denn je der restriktiven Verwaltungsmaschinerie ausgeliefert – nicht zuletzt, weil alle Formen der Selbstorganisation systematisch zurückgedrängt und schließlich erfolgreich unterbunden wurden.

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern für die langjährige treue Unterstützung. Mit diesem Projekt konnten wir zeigen, was Selbstorganisation von Flüchtlingen unter sehr schwierigen Bedingungen leisten kann. Wir haben über Jahre hinweg das Leben von Tausenden in den Camps ein klein wenig erträglicher gemacht.

Die Moria White Helmets haben ihre Räumlichkeiten an ihre Partner und Freunde vom »Welcome Office Lesvos« übergeben. Diese werden die Räume als Unterkunft für geflüchtete Familien nutzen, die eine Bleibe benötigen.

Wer die Projekte auf Lesbos weiterhin unterstützen möchte: *welcomeofficelesvos.org*

...IHRE UNTER-STÜTZUNG ZÄHLT MEHR DENN JE

Zusammen mit unseren Partnerorganisationen vor Ort nehmen wir die Idee von Nachhaltigkeit seit Jahrzehnten extrem ernst. Dies schließt auch ein, dass Akteure vor Ort zunehmend unabhängiger von internationaler Unterstützung werden. Ohne diese geht es aber nicht und überall werden weltweit Hilfsgelder gestrichen und Solidarität aufgekündigt. Dagegen gilt es Zeichen zu setzen und auch unter schwierigen Bedingungen weiter zu machen.

Das ist nach 35 Jahren weiter unser Ziel, denn wir wissen aus langjähriger Praxis, dass Veränderungen möglich und nötiger denn je sind. **Um weitermachen zu können, brauchen wir deshalb dringender denn je auch Ihre solidarische Unterstützung.**

wadi

Herausgeber:
wadi e.V.
Herborner Straße 62,
60439 Frankfurt/Main
Amtsgericht Frankfurt, Nr. 0176

Die namentlich gezeichneten Beiträge spiegeln die Sichtweise der Autoren wider und nicht zwangsläufig die der Redaktion.
Fotos © wadi e.V.

Aktuelle Informationen auf:
www.wadi-online.de

SPENDENKONTO:
POSTBANK FRANKFURT/MAIN
IBAN: DE43 5001 0060 0612 3056 02
BIC: PBNKDEFF

Spendenbelege ab 300 Euro/Jahr werden automatisch zu Beginn des Folgejahres verschickt. Wir stellen Ihnen auf Wunsch auch sofort einen Beleg aus oder erstellen Belege für Spenden unter 300 Euro. Bitte teilen Sie uns dies dann einfach kurz per Mail an public@wadi-online.de mit.